

Herr Allerdings gibt einen allgemein einleitenden Überblick insbesondere über das Abwasserrecht. Ziel der Verwaltung sei es u. a. zu verhindern, dass Versickerung auf dem eigenen Grundstück zu nassen Kellern in der Nachbarschaft führe. Ob die Qualität des Regenwassers ausreichend sei für die Nutzung in privaten Toiletten, beurteile jeder anders.

Anschließend erläutert Herr Dissevelt vom Aggerverband v. a. technische Zusammenhänge bei der Abwasserbewirtschaftung. Derzeit anerkannter Stand der Technik sei das Merkblatt BWK M7, nach der stoffliche und hydraulische Bemessungen vorzunehmen seien. Stv. Wernicke weist auf kritische Stimmen zu diesem Merkblatt hin.

Auf Anfrage des Vorsitzenden teilt Herr Dissevelt mit, dass es Förderprogramme der Bezirksregierung etwa nach der Wasserrahmenrichtlinie gebe, mit denen beispielsweise die Schaffung von Poldern zu 80 % gefördert werden könne.

Stv. Wernicke betont, dass der gemeinsame Antrag seiner Fraktion und der FDP-Fraktion in Teil A darauf abziele, dass dort, wo bei Neubauten ein Anschluss an einen Mischwasserkanal vorgesehen sei und es nach den Eigenschaften des Grundstücks möglich sei, in ein Gewässer einzuleiten oder auf diesem Grundstück zu verrieseln, eine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang in der Satzung ermöglicht werden solle.

Herr Baumhoer sieht durch eine solche Entscheidung eine unzulässige rechtliche Ungleichbehandlung entstehen. Herr Thul erinnert daran, dass es für den Rest der Solidargemeinschaft teurer werden könne, falls eine größere Anzahl an Beitragszahlern aus dem System entlassen werde. Das Thema sei zudem zu komplex für eine sofortige Entscheidung ohne weitere Beratung.

Auf Nachfrage des Stv. Wernicke hält es Herr Dissevelt für denkbar, dass die vom Aggerverband erhobenen Beiträge durch verminderte Einleitung in Mischwasserkanäle sinken könnten.

Der Vorsitzende formuliert einen Auftrag an die Verwaltung, zunächst die Kosten für eine entsprechende Konzeptarbeit zu ermitteln, lässt aber auf Wunsch des Ausschusses zunächst über die Anträge der anderen Fraktionen abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt sodann aufgrund des Antrages der SPD-Fraktion dem Rat folgenden